

23.10.19 - Pressemitteilung 2019-22:

Im Geierstal fehlt ein grünes Kreuz

Landwirte protestieren zu Recht gegen industrielle Landwirtschaft

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) steht der heimischen bäuerlichen Landwirtschaft des Odenwaldes grundsätzlich positiv gegenüber. Der aktuelle Protest von Landwirten gegen überhandnehmende Bürokratisierung ihres Berufes findet beim Umweltverband Verständnis. Allerdings sind grundlegende Weichenstellungen hin zu einer umweltverträglichen Landwirtschaft unumgänglich. Im Naturschutzgebiet ‚Geiersbach bei Vielbrunn‘ fehlt nach Auffassung des BUND ein großes grünes Kreuz.

Vor etwa 20 Jahren wurde das Ohrenbachtal östlich von Vielbrunn nördlich der Landesstraße nach Bayern unter den Schutz des Bundesnaturschutzgesetzes gestellt. Die damals ausgeübte landwirtschaftliche Nutzung wurde weiterhin zugelassen, die Wiesen und Weiden des schmalen Tals sollten gemäht und beweidet werden. Die Intensität der Nutzung sollte sich aber an dem Schutzziel ‚Erhalt artenarmer Wiesenstandorte‘ orientieren. Maximal zwei Nutzungen pro Jahr und Verzicht auf Düngung wären die angemessene Konsequenz gewesen.

In Odenwälder Naturschutzgebieten darf Landwirtschaft zum Schaden für die Natur betrieben werden

Seither hat die Landesregierung unter der CDU und seit einigen Jahren unter CDU/Grünen die Möglichkeiten der Verwaltung beseitigt, diese Nutzungsbeschränkungen des Naturschutzrechtes auch durchzusetzen. Im Geierstal nutzt ein Landwirt seit Jahren Flächen im Naturschutzgebiet so, wie seine sonstigen Wiesen auch: es wird zwei bis vier Mal pro Jahr gemäht und es wird ausgiebig gedüngt. Da die vorhandenen Gräser keinen so hohen Ertrag brachten, wurde zudem noch mit Weidelgras nachgesät. Diese Pflanzenart kommt im Geierstal eigentlich nicht vor.

Das Ergebnis ist eine der üblichen stark genutzten und dementsprechend stark gedüngten Wirtschaftswiesen, wie sie weite Teile des Odenwaldes bedecken. Das Naturschutzgebiet, das eigentlich eine artenarme, auf Nährstoffarmut spezialisierte Wiese schützen sollte, konnte seinen Schutzauftrag niemals erfüllen. Durch eine unangemessene Betriebsweise wurde das Naturschutzgebiet grundlegend verletzt.

BUND-Sprecher Harald Hoppe: „Die hessische Landesregierung hat mit ihrer Roland-Koch-Strategie, Naturschutz nur noch über Verträge mit Landwirten durchzusetzen, der Natur geschadet. Wenn Landwirte nicht mitmachen, dann können noch so schutzwürdige Pflanzen und Tiere weiterhin folgenlos zerstört und beseitigt werden. Das Verschwinden von Arten wird auf diese Weise nicht gestoppt.“

BUND: Landwirtschaft In Odenwälder Naturschutzgebieten nur mit HALM-Förderung

Der Umweltverband fordert die Landwirte auf, sofort in allen Odenwälder Naturschutzgebieten ihre Betriebsweise nach den geltenden Naturschutzanforderungen umzustellen. Den Anfang sollten Vereinbarungen nach dem Förderprogramm HALM (**H**essisches **P**rogramm für **A**grarumwelt- und **L**andschaftspflege-**M**aßnahmen) machen. Jedes Naturschutzgebiet im Kreis sollte vollständig durch dieses Programm abgedeckt sein. HALM hält Zahlungen für die Ertragsminderungen bereit. Dieser Schritt würde für die knapp 2% des Odenwaldes, die unter dem Schutz des Bundesnaturschutzgesetzes stehen, eine echte Verbesserung bedeuten. Dadurch würde die hiesige Landwirtschaft außerdem dokumentieren, dass es ihr mit dem Wirtschaften im Einklang mit der Natur – auf 2% des Odenwaldkreises - ernst ist.